IspAn

Interessenselbstvertretung
pflegender Angehöriger

www.ispan.de

Stellungnahme zum Diskussionsimpuls

des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

„Gerechte Pflege in einer sorgenden Gesellschaft“ (23.06.2017)

Wir als Zusammenschluss von pflegenden Angehörigen begrüßen ausdrücklich diesen wegweisenden Impuls zu einer „gesellschaftlichen Sorgekultur“ des höchsten Laiengremiums innerhalb der katholischen Kirche und bedanken uns für die Möglichkeit, dazu Stellung nehmen zu können. Eine gerechte und zukunftsfähige Pflege wird es nur geben, wenn es gelingt, Sorgearbeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Daseinsvorsorge zu denken, finanziellen Ausgleich zu gewährleisten und vor Ort noch stärker als bisher staatlich geförderte Unterstützungsstrukturen für Pflege und pflegende Angehörige zu schaffen.

Sehr treffend werden die enormen Leistungen von pflegenden Angehörigen beschrieben, die weit über 70 % der pflegebedürftigen Menschen zu Hause versorgen und dazu in der Mehrzahl der Fälle ohne die Hilfe eines Pflegedienstes. Mit ihrer privaten Sorgeleistung entlasten pflegende Angehörige den Staat und die Steuerzahler mehr als alle Leistungen der gesetzlichen und privaten Pflegeversicherung zusammen.

Statt einen Ausgleich für diesen Einsatz zu erhalten, zahlen pflegende Angehörige selbst einen hohen Preis: Die eigene Arbeitsstelle wird teilweise oder ganz aufgegeben, die von der Pflegeversicherung nicht gedeckten Pflegekosten müssen privat finanziert werden bis hin zum Verbrauch aller Rücklagen und Bezug von Hartz IV mit anschließender Altersarmut. Soziale Isolation droht und die Dauerbelastungen führen zu chronischen körperlichen und psychischen Erkrankungen. Das ist alles andere als gerecht.

So müssen wir feststellen, dass mit dem bisherigen „Teilkasko-Prinzip“ der Pflegeversicherung und dem Vorrang der häuslichen Pflege die Kosten und Lasten der Pflege in Deutschland weitgehend privatisiert wurden zum Nachteil v.a. von Frauen. Dies ist nicht zukunftsfähig und wird so nicht bleiben. Sorgearbeit muss gerechter werden. Wir brauchen eine solidarisch und paritätisch finanzierte Pflege-Vollversicherung, die eine kommunal verantwortete differenzierte pflegerische Versorgung vor Ort und gute Unterstützung für pflegende Angehörige ermöglicht.

Wir begrüßen zahlreiche Anregungen des Diskussionspapiers, die wir gerne noch ergänzen:

1. **Finanzieller Ausgleich für Pflege-Sorgearbeit als Schutz vor Armut:**
   - Die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege muss staatlicherseits stärker gefördert und unterstützt werden, auch um spätere Folgekosten (Altersarmut) zu verhindern. Dazu gehört eine **10tägige Freistellung pro Jahr für pflegende Angehörige** analog zur Freistellung bei Pflege von kranken Kindern.
   - Wir unterstützen einen **finanziellen Ausgleich und Dauer von Pflegezeiten**, mindestens **analog zur Sorgeleistung bei Kindern** (statt eines Darlehens) mit **Rückkehrrecht zur Vollzeitstelle** nach Beendigung der Pflegezeit.
   - Für Vollzeit zuhause Pflegende sollte es einen **Mindestlohn außerhalb von Hartz IV** geben (und keinen Zwang zu Bewerbungen, weil man ja „arbeitslos“ sei).
   - **Rentenbeiträge** für pflegende Angehörige sind bereits **ab Pflegegrad 1** zu zahlen analog den Rentenleistungen bei Erziehungszeiten.
   - Auch **Nachbarn und Freunde**, die pflegen, müssen in die Leistungen der Pflegeversicherung, Freistellung, Pflegezeit und Familienpflegezeit einbezogen werden.

2. **Entlastung im Pflegealltag durch „sorgende Gemeinschaften“ vor Ort:**
   - Die **Inanspruchnahme von ambulanten Pflegediensten darf nicht zu einer Kürzung des Pflegegeldes** führen, damit diese Dienste auch genutzt werden können v.a. von pflegenden Frauen mit niedrigem Einkommen.
   - Eine aufsuchende Beratung durch einen **kommunalen „Fall-Manager“/ „Gemeindeschwester Plus (RLP)“** sollte die Organisation von Pflege verbindlich sicherstellen (angesichts von über 80jährigen Pflegenden, Single-Haushalten von Pflegebedürftigen, weitab wohnenden und arbeitenden pflegenden Angehörigen).
   - Vor Ort müssen **kommunal verantwortete, „sorgende Netzwerke“** zur Entwicklung von gemischten Pflege- und Betreuungsarrangements entstehen. Ziel muss es sein, ein **Pflege-Mix von beruflichem und nicht-beruflichem Hilfesystem** (Angehörige, Nachbarn, Freunde) als auch ehrenamtlich Engagierten wie den Pflegebegleitern zu initiieren und zu unterstützen. Kirchengemeinden z.B. haben heute schon „einen Fuß in der Tür“ mit ihren Angeboten und Besuchsdiensten bei älteren Gemeindemitgliedern.
   - **Angebote von Kirche und Kirchengemeinden für pflegende Angehörige und ihre pflegebedürftigen Menschen selbst** wären sehr hilfreich angesichts der oft großen seelischen Nöte in der Pflegesituation bzw. als kranker und sterbender Mensch (Gesprächsmöglichkeiten, Seelsorge, Freizeit- und Bildungsangebote, etc.). **Pfarrgemeinden als „sorgende Gemeinschaften“** im sozialen Nahraum könnten dadurch auch **attraktive Orte für engagierte Menschen** werden. Die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung ist nach wie vor groß, auch im Bereich Pflege.
   - **Neue Wohn- und Pflegegemeinschaften vor Ort**, **Betreuungsdienste, Tages- und Kurzzeitpflege sowie Reha-Angebote** für Pflegende mit und ohne Pflegebedürftige gilt es auszubauen, damit pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen Wahlmöglichkeiten haben - diese fehlen oft im ländlichen Raum. Kirchliche Gebäude und Grundstücke könnten dazu umgenutzt werden.
   - Ein **flexibleres Pflegebudget,** das unbürokratisch ausgezahlt wird (wie Elterngeld bei Kindererziehung) könnte flexibel und zeitnah eingesetzt werden.

3. **Wir brauchen mehr Pflegepersonal in Senioreneinrichtungen und Krankenhäusern**: Pflege in stationären Einrichtungen kann zunehmend nicht mehr zufriedenstellend geleistet werden. Oft sorgen Angehörige und Freunde helfend mit (Arztbesuche, Essen anreichen, Körperpflege, Gespräche, Spaziergänge). Dies gilt besonders für schwerstkranke und schwer mehrfachbehinderte Menschen.

4. Wir als **pflegende Angehörige** möchten **als Experten mit unseren langjährigen Erfahrungen gehört** und bei der Entwicklung von Gesetzen, Angeboten und Strukturen **beteiligt** werden.
   Unsere **Interessenselbstvertretung IspAn** wurde in den letzten 9 Jahren unterstützt von Caritas mit Gruppen-Koordinatoren (CV Frankfurt, CV Main-Taunus, CV Hochtaunus, CV Breisgau-Hochschwarzwald e.V.), auf Diözesanebene (DiCV Limburg, DiCV Freiburg) und auf Bundesebene (DCV). Diese Zusammenschlüsse sollten zukünftig **staatlich gefördert** werden vor Ort und auf Bundesebene als wichtige Akteure bei der Entwicklung von tragfähigen Pflegestrukturen.

   Limburg, Frankfurt und Freiburg/Dreisamtal, 9. November 2017